

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1921)
Heft: 2

Artikel: "Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages" : von M. Keynes : Referat von Erica von Schulthess-Rechberg : gehalten in der Gruppe Zürich der Frauenliga für Friede und Freiheit [Teil 2]
Autor: Schulthess-Rechberg, Erica von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327341>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4. Anwesenheit beim Gericht bei Verhandlungen von Fällen betreff. Vergehen von Frauen oder Jugendlichen.
5. Inspektion von Miethäusern (wo solches der Polizei obliegt).
6. Ueberwachung von Anlagen und öffentlichen Plätzen.
7. Kontrolle von Wirtshäusern, Kinemas, Stellenvermittlungsbüros.
8. Ueberwachung Prostituirter.
9. Im allgemeinen alles, was mit Vergehen begangen an oder durch weibliche oder jugendliche Personen zu tun hat.

Dann werden eine Reihe äusserst wertvoller Vorschläge gemacht, aus denen hervorgeht, dass die Anfänge und Einführung der Polizistin nun überwunden sind und sie ein reguläres Glied im Dienste der Öffentlichkeit der Zukunft sein wird. Sie soll in Zukunft, wie ihr männlicher Kollege, eine über ganz England identische Uniform bekommen. Sie soll „eingeschworen“ werden, wie ihr männlicher Kollege, d. h. ein Gelübde über die getreue Erfüllung ihrer Pflichten ablegen. Sie soll zu denselben Vollmachten und Privilegien berechtigt sein und dieselbe Verantwortung tragen. Sie soll unter demselben Oberhaupt stehen, d. h. dem Polizeihauptmann eines Ortes, (der auch eine Frau sein kann), und sie soll ihre Ausbildung nicht in einer Berufsschule, sondern in der Praxis bekommen, und zwar so, dass sie ihre Lehrzeit an verschiedenen Orten unter verschiedenen Hauptleuten durchmacht. Jeder Polizeihauptmann soll für die fortwährende, genügende Ausbildung von weiblichen Kräften, die seinem Polizeikorps angegliedert sind, verantwortlich gemacht werden.

Als Eintrittsalter wird genannt 25—30 Jahre. Die Aspirantin hat sich einer gründlichen ärztlichen Untersuchung durch eine Aerztin zu unterwerfen. Gründliche Schulbildung ist erwünscht, aber nicht unbedingt gefordert, da man besonders darauf sieht, Frauen aus allen Kreisen zu bekommen. Auch verheiratete Frauen werden aufgenommen.

Die Arbeitszeit ist für Strassenpatrouille 7 Stunden, für andere Polizeiarbeit 8 Stunden per Tag. Die Gehälter werden als bis anhin gänzlich unzulänglich getadelt und folgende Skala aufgestellt:

	Männer	Frauen*)
Polizisten	Fr. 87. 50	Fr. 75. — per Woche
Unteroffiziere	„ 125. —	„ 112. 50 „ „
Inspektoren	Fr. 7750 bis 8125	„ 6500. — „ Jahr
Hauptleute	keine bestimmte Skala	8100 bis 9000 „ „

Pensionierung nach 20 Jahren (Männer nach 30, weil sie früher anfangen) oder früher auf ärztliches Zeugnis hin. Besonders wird noch empfohlen die Schaffung einer Assistentinnenstelle des Inspektors für das Polizeiwesen. Dieser Assistentin würde die Obhut über die weiblichen

*) „Gleiche Entlohnung gleicher Arbeit“ wird auch hier wie überall angestrebt.

Mitglieder des Polizeikorps obliegen und die Beratung der Hauptleute bei Anstellung von Polizistinnen.

Zum Schlusse sei noch angeführt, was ein Artikel der „Englishwoman“ zukünftigen Polizistinnen ans Herz legt: Wer diesen Beruf ergreift, sagt das Blatt, sei es Mann oder Frau, der muss sich darüber klar sein, dass er dem Publikum beistehen, nicht ihm imponieren soll; dass er an das Publikum nicht mit einer selbst verfertigten Moral herantreten darf, so sehr sie ihm auch recht und gut erscheint. Der typische (englische) Polizeimann von heute, dem die Polizistin freudig nacheifern darf, ist ein grosser, gesunder Bursche, gutmütig und sympathisch. Er ist in jeder Hinsicht leicht sichtbar, stellt aber seine Kraft nur selten zur Schau. Er ist gutmütig, weil er niemals Schmähungen provozieren darf, obschon er oft solche zu hören bekommt, und sympathisch, weil dadurch das Publikum auf den ersten Blick Vertrauen gewinnt.

Er ist genau, beobachtend, methodisch; geschwind in der Beurteilung, aber langsam im Verdammern. Er ist bereit, vom Grossteil des Publikums das Beste zu glauben, aber er lässt sich nicht durch allzustark aufgetragene Ehrbarkeit blenden. Er ist unparteiisch, humorvoll und ausdauernd.

Unauffällige Tüchtigkeit, Toleranz und Gutmütigkeit empfehlen ihn am meisten.

Es ist erfreulich, dass (wie in dem obgenannten Rapport ausdrücklich hervorgehoben wird) die während des Krieges gemachten Erfahrungen die Anstellung der Frauen im öffentlichen Sicherheitsdienst glänzend rechtfertigen.

ABC.

„Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“

von M. Keynes

Referat von Erica von Schulthess-Rechberg

gehalten in der Gruppe Zürich der Frauenliga für Friede und Freiheit.
(Schluss.)

Friedensvertrag. Ich komme nun zur Besprechung des Friedensvertrages, muss mir aber versagen, des genaueren darzulegen, in welcher Weise die Verbündeten durch die Waffenstillstandsbedingungen gebunden waren, dass diese nicht, wie von vielen Engländern geglaubt wurde, eine Art Vertrag Nr. I darstellen, der durch einen Vertrag Nr. II abgelöst werden konnte. Ich gebe aus dem Notenwechsel der Verbündeten mit Deutschland hier nur die entscheidendste wieder, nämlich die letzte Antwort der verbündeten Regierungen. In dieser Antwort erklären sie mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitschaft zum Friedensschluss mit der deutschen Regierung „auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten vom 8. Oktober 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind.“

Die erwähnten zwei Einschränkungen lauten:

1. Ueber die Frage der Freiheit der Meere wollen sie sich volle Freiheit vorbehalten.

2. Wiedergutmachungen. Deutschland soll für alle durch seine Angriffe zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten.

Ich weise schon jetzt auf die Wichtigkeit dieses Vorbehaltes hin, der später so geweitet und gedeutet wurde, dass er auch Ruhegehälter, Witwen- und Waisenentschädigungen mit umfasste.

Zunächst die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages. Keynes teilt sie ein nach ihrer Beziehung zu den 3 Hauptfaktoren des deutschen Wirtschaftslebens vor dem Kriege. Diese waren:

I. Deutschlands Ueberseehandel, verkörpert durch seine Handelsflotte, seine Kolonien, seine Auslandsanlagen, seine Ausfuhr.

II. Kohle und Eisen, das heisst ihre Ausbeutung und die an sie geknüpften Industrien.

III. Sein Verkehrs- und Zollsystem.

Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller 3 Faktoren, vornehmlich jedoch der beiden ersten.

1. Deutschland hat abzutreten alle Fahrzeuge der Handelsmarine über 1600 Tonnen, die Hälfte zwischen 1000 und 1600 Tonnen und $\frac{1}{4}$ aller Schlepper und Fischerboote. Ferner verpflichtet sich Deutschland, wenn nötig, 5 Jahre lang jährlich Schiffe bis zu 200 000 Tonnen für die Verbündeten zu bauen. Der Wert dieser Schiffe wird Deutschland auf seine Wiedergutmachungsschuld angerechnet.

Was heisst das? Dass die deutsche Handelsflotte von den Meeren weggefeht wird.

Ferner, die Kolonien fallen an die Verbündeten, zugleich mit dem Liquidationsrecht über dortiges deutsches Privateigentum zum Ausgleich von Schulden Deutscher an verbündete Staatsangehörige. Ebenso haftet Deutschland mit diesem Privateigentum für die Schulden seiner Verbündeten. Alle diese Bestimmungen gelten übrigens in gleicher Weise für Elsass-Lothringen.

Als Letztes muss Deutschland auf alle Vorrechte, die ihm ausserhalb von Europa zustanden, verzichten.

II. Ich komme nun zur Vernichtung des 2. Faktors des deutschen Wirtschaftslebens: Kohle, Eisen und die daran gebundenen Industrien.

Die Vernichtung wird erreicht:

1. Durch Abtrennung kohlen- und eisenreicher Gebiete.

2. Durch Zwangslieferungen.

Keynes gibt Zahlen für den Vorkriegsverbrauch Deutschlands, Zahlen für den mutmasslichen Inlandsverbrauch Deutschlands nach dem Kriege und stellt ihnen gegenüber die Zahl, die sich ergibt nach Reduktion durch Gebietsabtrennung und Förderungsrückgang. Diese letzte Zahl beträgt 100 Millionen Tonnen, von der nach Abzug der an die Verbündeten verpfändeten 40 Millionen noch 60 Millionen Tonnen für Inlandsverbrauch und als Tauschmittel an Neutrale übrig bleiben. Zum Vergleich stelle ich diesen verfügbaren 60 Millionen Tonnen die

Zahl des Vorkriegsverbrauchs von zirka 139 Millionen Tonnen gegenüber. Zudem verliert Deutschland 75 Prozent seiner Eisenerze durch den Verlust von Elsass-Lothringen.

Es ist klar, dass durch diese Reduktion weitaus der grösste Teil der deutschen Industrieanlagen lahmgelegt ist. Womit aber soll Deutschland zahlen, wenn ihm die Möglichkeit zur Arbeit genommen wird?

Es kommen nun als 3. Punkt die Bestimmungen, die auf Deutschlands Verkehrs- und Zollsystem Einfluss haben.

Das soll nur ganz kurz gestreift werden: Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen werden so festgesetzt, dass die Verbündeten im Handel mit Deutschland alle Vorteile haben, Deutschlands Handel aber in jeder Weise erschwert wird.

Keynes endigt das Kapitel über den Friedensvertrag mit folgenden Worten:

„So umfassend sind die Wirtschaftsbestimmungen des Friedensvertrages, und wenig wurde übersehen, was Deutschland in der Gegenwart berauben oder seine Entwicklung in der Zukunft unterbinden könnte.“

Ich habe Ihnen hier nur Schlusszahlen, nur einen allgemeinen Begriff von dem gegeben, was Deutschland genommen wurde. Ich glaube, dass Sie trotzdem eine Vorstellung davon haben, in welchem Grade Deutschlands Arbeitsmöglichkeit durch die Bestimmungen des Friedensvertrages beschnitten wurde. Aber — und nun kommt das Unmögliche, das Unlogische — dieses „amputierte“ und „gefesselte“ Deutschland soll nach den Forderungen, die ihm durch die Wiedergutmachung auferlegt werden, in wahnsinnig überhitztem Arbeitstempo, mit Ueberstunden ohne Pause, ohne Erholung, die ungeheuren Mittel zur Wiedergutmachung herbeischaffen.

Was sind das für Forderungen?

Keynes weist zunächst noch einmal auf den schon vorhin erwähnten Passus hin, nämlich: „Deutschland muss sich verpflichten, allen durch seinen Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentume zugefügten Schaden wieder gutzumachen.“

„Wenige Sätze haben in der Geschichte“, sagt Keynes „den Sophisten und Juristen so viel zu schaffen gemacht, wie diese anscheinend einfache und unzweideutige Erklärung. Einige haben sich nicht gescheut zu behaupten, sie umfasse die ganzen Kriegskosten. Denn, sagen sie, die ganzen Kriegskosten müssen durch Besteuerung aufgebracht werden, und diese ist ein Schaden für die Zivilbevölkerung. Sie räumen ein, dass der Ausdruck umständlich ist, und dass es einfacher gewesen wäre, zu sagen, „alle Verluste und Ausgaben jeder Art“. Ihrer Meinung nach sollten aber stilistische Fehler die Verbündeten nicht um die den Siegern zustehenden Rechte bringen dürfen.“

Keynes glaubt, dass im Oktober 1918 kein verantwortlicher Staatsmann daran dachte, von Deutschland eine Kriegsentschädigung im Betrage der ganzen Kriegs-

kosten zu fordern. Erst später wurde man bestimmt, in dem Wortlaut des Abkommens etwas zu suchen, was nicht darinnen lag. Es war praktisch notwendig geworden, der allgemeinen volkstümlichen Forderung nach einer Kriegsentschädigung in Höhe der Kriegskosten zu entsprechen.

Keynes sucht nun, zu einer Schätzung über die Werte zu kommen, die durch Deutschland zerstört wurden, und für die es Ersatz leisten muss. Er versucht zunächst, die Höhe der berechtigten Forderung Belgiens festzustellen, und sagt, dass das Gefühl der Öffentlichkeit sich in der Grösse des materiellen Schadens, den Belgien erfuhr, irre. Selbstverständlich nicht in dem Mass des seelischen Leidens.

Am meisten hat nach seiner Meinung im Verhältnis zu seiner Grösse und seiner Einwohnerzahl Serbien an Opfern erleiden müssen, danach Frankreich.

Bei seiner Berechnung des belgischen Schadens geht er von Uebersichten des belgischen Volksvermögens vor dem Kriege aus. Er weitet diese Angaben nach oben hin und kommt danach, unter Berücksichtigung der Unkostensteigerung des Wiederaufbaues, für die Entschädigung auf 3 Milliarden Goldmark, ein Zehntel des von ihm angenommenen Volksvermögens. Er schliesst die Berechnung für Belgien mit der Forderung, dass England keine Zahlung für sich verlangen darf, bevor nicht die gerechten Ansprüche Belgiens vollbefriedigt sind.

Für Frankreich kommt er in ähnlicher Berechnungsart auf 10 Milliarden Mark. Diese Summe differiert allerdings gewaltig von den Forderungen, die französische Staatsmänner stellten. Die höchste Ziffer erreichte Minister Klotz mit 134 Milliarden Franken oder 107,2 Milliarden Goldmark.

Für Grossbritannien berechnet er einen Schaden von 11,4 Milliarden Mark.

Kurz, er kommt zu einer Gesamtziffer von 42,4 Milliarden Goldmark. Um Spielraum zu lassen, weitet Keynes diese Summe auf 60 Milliarden. „Das ist der Betrag der Rechnung, sagt Keynes, die wir dem Feind überreichen dürfen.“

Wie kam es, dass die Forderungen die von Keynes aufgestellte Berechnung weit, weit überschritten, und wie kam man dazu, von Deutschland eine Deckung sämtlicher Kriegskosten und Hinterbliebenenrenten zu verlangen, etwas, woran im Ernst im Oktober 1918 kein verantwortlicher Staatsmann gedacht hatte?

Einer der Hauptgründe war der, dass sich die Staatsmänner mehr und mehr in die Versprechungen, die sie ihren Völkern gemacht hatten, hineinverwickelten. Sie wollten das Schiff ihrer politischen Machtstellung zu fest im Boden der Volksgunst verankern, das raubte ihnen die Bewegungsfreiheit für ihre politischen Entscheidungen. So wurde Lloyd George durch ganz persönliche Gründe politischer Machtstellung dazu bestimmt, die Forderungen, von denen er in der britischen Öffentlichkeit sprach, immer höher und höher hinaufzuschrauben, so hoch, dass kein politischer Rivale mehr zu bieten wagte

als er. Und doch waren die Finanzprobleme, die vor Europa lagen, mit Habgier nicht zu lösen. Die einzige Möglichkeit lag in der Grossmut.

In Italien und Frankreich war die Stellung der verantwortlichen Staatsmänner noch weit schwieriger. Diese Länder gingen dem Staatsbankrott entgegen, und diese Tatsache liess sich nur verheimlichen, wenn man die Hoffnungen auf ungeheure Einnahmen vom Feinde nährte. Gab man zu, dass Deutschland nicht imstande sei, die Kriegskosten beider Parteien zu zahlen, so wurde die Stellung der Finanzminister Frankreichs und Italiens unhaltbar. Daraus folgte eine in tiefste Tiefen gehende Unwahrhaftigkeit. Und so kam man auch dazu, Deutschland für keine feste Summe zu verpflichten. Es war der weitaus sicherste Weg für die Staatsmänner, überhaupt keine Ziffer festzusetzen.

Keynes fügt der vorhin genannten Summe von 60 Milliarden noch den Betrag hinzu, den er für die Unterstützungsrenten berechnet. Wie ich schon vorhin anführte, ist Keynes der Meinung, dass diese Unterstützungsrenten überhaupt nicht in die Wiedergutmachung einbezogen werden dürfen. Für diese Schätzung nimmt er als grundlegend die bei Friedensschluss in Frankreich üblichen Unterstützungssätze an und kommt dadurch auf einen Posten von 100 Milliarden Mark für alle Alliierten. Die von Keynes ursprünglich berechnete Summe von 60 Milliarden wird also fast verdreifacht, und die Gesamtforderung beträgt also 160 Milliarden. Dazu kommen noch 15 Jahre lang die Kosten des Besatzungsheeres, die im Maximum auf 240 Millionen Mark jährlich festgesetzt sind. Dieses Schuldenkapital muss Deutschland mit 5 Prozent verzinsen.

Nimmt man berechtigterweise an, dass Deutschland in den ersten 15 Jahren jährlich nicht mehr als 3 Milliarden Mark Zinsen bezahlen kann, also von seiner Gesamtschuld nur 60 Milliarden zu 5 Prozent verzinsen kann, so sind die restierenden, unverzinsten 100 Milliarden in diesem Zeitraum gerade auf das Doppelte, also auf 200 Milliarden angewachsen. Denn bei 5 Prozent Zinseszinsen verdoppelt sich ein Kapital in 15 Jahren. Am Ende eines Jahres, an dem Deutschland dies so angewachsene Kapital nicht vollkommen verzinsen kann, wird es den Alliierten immer mehr schuldig sein, als am Anfang des betreffenden Jahres.

Keynes untersucht nun die Frage: Was kann Deutschland zahlen? Oder zunächst, was kann Deutschland sofort zahlen?

Er kommt zu einer Summe von 5—7 Milliarden Mark, die zusammengesetzt ist aus

1. Gold- und Silbervorrat,
2. Schiffen,
3. Auslandsanlagen.

Ferner darf Deutschland ein Teil der Werte der Abtretungen auf die Wiedergutmachung angerechnet werden. Das erhöht die zahlbare Summe auf 6—8 Milliarden. Davon in Abzug zu bringen sind aber die Kosten des Besatzungsheeres für 15 Jahre, die an erster Stelle zu befriedigen sind.

Dieselben betragen für diesen Zeitraum 4 Milliarden Mark, die von den eben genannten 6—8 Milliarden in Abzug zu bringen sind. Es bleiben also noch 2—4 Milliarden für sofort verfügbar übrig. Das Endergebnis ist also, dass Belgien, das sofort befriedigt werden muss, 2 Milliarden Mark erhält.

Keynes kommt schliesslich, nachdem er die Frage geprüft hat, wie hoch Deutschland mit seiner Ausfuhr und mit Jahreszahlungen zahlen kann, zu dem Maximum von Deutschlands Zahlungsfähigkeit überhaupt. Diese Summe beträgt 40 Milliarden Mark. Wenn Zahlen etwas beweisen können, so erhellt sich aus der Gegenüberstellung der Gesamtforderung von 160 Milliarden, die Keynes proponiert, und dem Maximum von 40 Milliarden für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Unerfüllbarkeit dieser Forderung.

Nach Besprechung der Kompetenzen des Wiedergutmachungsausschusses, der Deutschland jeder eigenen Zielsetzung in seinem wirtschaftlichen Leben beraubt, endet Keynes das betreffende Kapitel mit folgenden Worten:

„Ich kann den Gegenstand nicht abschliessen, als ob seine Behandlung ausschliesslich entweder von unseren eigenen Verpflichtungen oder von den wirtschaftlichen Tatsachen abhängt. Die Politik der Versklavung Deutschlands für ein Menschenalter, der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen und der Beraubung eines ganzen Volkes sollte abschreckend und verwerflich sein, selbst wenn sie möglich wäre, selbst wenn sie nicht den Verfall der ganzen europäischen Kultur zur Folge hätte. Manche predigen sie im Namen der Gerechtigkeit. Bei den grossen Wendungen der Geschichte, bei der Auflösung der verwirrten Völkerschicksale ist Gerechtigkeit nichts so Einfaches. Und wäre sie das auch, so dürften doch Völker aus religiösen und sittlichen Gründen nicht an den Kindern ihrer Feinde die Missetaten ihrer Eltern oder ihrer Beherrscher rächen.“

Bevor Keynes seine Rettungsvorschläge macht, malt er noch einmal das Bild von Europa nach dem Friedensvertrage, ein trauriges, hoffnungsloses Bild.

Die bezeichnendsten Züge der gegenwärtigen Lage lassen sich in 3 Gruppen zusammenfassen:

1. Das vollständige zeitweise Nachlassen der inneren Produktivität Europas.
2. Der Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Austausches, mittelst deren die Erzeugnisse dorthin gebracht werden konnten, wo man ihrer am meisten bedurfte.
3. Europas Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der gewohnten Waren von Uebersee.

Für das Nachlassen der Produktivität macht Mr. Hoover die körperliche und geistige Erschöpfung grosser Bevölkerungsteile infolge der Anstrengungen und Entbehrungen des Krieges verantwortlich. Nach einer Statistik der Arbeitslosenämter empfangen 15 Millionen Familien Arbeitslosenunterstützung. Der grösste Teil der europäischen Industrien und seines Verkehrssystems hängt von

der Kohle ab. Aber die Kohlenförderung ist in ganz Europa um 30 Prozent zurückgegangen. Und der Zusammenbruch des Währungssystems infolge der Inflation verhindert den Absatz der Produkte.

Dabei ist nach Mr. Hoover auf Grund oberflächlicher Schätzung die Bevölkerung Europas wenigstens um 100 Millionen grösser als die Menge, die ohne Einfuhr zu ernähren ist. Der Ueberfluss muss von der Hervorbringung und Verteilung von Ausfuhrsgütern leben.

In seinem letzten Kapitel macht Keynes „Rettungsvorschläge“. Der Autor will mit diesen Vorschlägen Wege weisen, um die grundlegenden wirtschaftlichen Kräfte wieder in Gang zu setzen, so dass eine Wiederherstellung des Lebens möglich wird. Aber eine Vorbedingung muss dazu geschaffen werden:

„Loslösung von der Atmosphäre und den Methoden von Paris!“

Das erste und dringendste Erfordernis ist eine Revision des Friedens, und Keynes erhofft sie vom Völkerbund. Für die Revision des Friedens macht er folgende positiven Vorschläge:

1. Deutschland hat für Wiedergutmachung und für die Kosten der Besatzungsheere 40 Milliarden Goldmark zu zahlen.
2. Der Wert der ausgelieferten Handelsschiffe, der Unterseekabel, des Kriegsmaterials, des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten sollte mit einer Pauschalsumme von 10 Milliarden angesetzt werden.
3. Die dann noch restierenden 30 Milliarden sollen bis zu ihrer Bezahlung keine Zinsen tragen und von Deutschland in 30 Jahresraten von 1 Milliarde Gold ab 1923 beglichen werden.

Aber selbst die Beschaffung dieser Summe erfordert, dass Deutschland arbeiten kann, und dazu braucht es Kohle und Eisen. Er schlägt daher eine Reduktion der Kohlenlieferung auf das Quantum vor, das Frankreich infolge der Zerstörung seiner Gruben einbüsst. Das wären 20 Millionen Tonnen für die ersten 5 Jahre, dann 8 Millionen Tonnen für die folgenden 5 Jahre.

Als nächste Forderung stellt Keynes auf, dass England zugunsten von Belgien, Serbien und Frankreich auf jede Barzahlung verzichtet, dass die Länder, die durch das Eindringen des Feindes wirklich gelitten haben, ein Vorrecht auf die Wiedergutmachungssumme hätten.

Zwei weitere Finanzvorschläge Keynes sind folgende:

1. Die völlige Streichung der Schulden der Verbündeten untereinander für Kriegszwecke;
2. eine internationale Anleihe, die von den Vereinigten Staaten ausgehen müsste.

Ferner erachtet er es für die Aufnahme gegenseitiger Handelsbeziehungen für förderlich und notwendig, dass unter Aufsicht des Völkerbundes ein Freihandelsverband von Ländern errichtet werde, die sich verpflichten, keine Schutzzollgesetzgebung irgend einer Art gegen die Erzeugnisse anderer Verbandsmitglieder einzuführen.

Als Letztes empfiehlt Keynes die Aufhebung der Blockade Russlands, die ja schliesslich auch für die Alliierten eine Blockade bedeutet, und ferner Deutschlands Organisations- und Arbeitskraft zum Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens der östlichen Länder anzuregen.

Ich komme zum Schlusse meines Referates. Am Anfang meines Vortrages sagte ich Ihnen, dass es unmöglich sei, in einer solchen Wiedergabe den vollwertigen Gedankeninhalt des Buches zu erschöpfen. Ich hoffe aber, dass ich Ihnen den Eindruck vermitteln konnte, den ich selbst bei der Lektüre des Keynes'schen Buches hatte:

Dass hier ein hervorragender Mensch und Gelehrter mit einem tiefen Gefühl für die Weltzusammengehörigkeit Wege zu weisen versucht, um Europa vor dem drohenden Untergang zu bewahren. Keynes hofft, dass ein neues Geschlecht das Gefühl dieser Weltzusammengehörigkeit stärker und kräftiger in sich tragen möge.

Dem Werden und Wachsen dieses Gefühls widmet er sein Buch.

Herders sieben Punkte zum „ewigen Frieden.“

In seinen „Briefen zur Beförderung der Humanität“ spricht Herder auch über das Problem des ewigen Friedens. An den Anfang seiner Abhandlung stellt er einen Bericht Loskiels aus dessen Missionsgeschichte in Nordamerika, der hier kurz wiedergegeben sei:

Unter den drei Indianerstämmen der Delawaren, Cherokeesen und Irokesen herrschte seit langer Zeit unbittliche Fehde, bei welcher die Delawaren fast immer die siegreichen Angreifer waren. Besonders die Irokesen hatten schwer unter den blutigen Verfolgungen ihrer Feinde zu leiden, so dass sie schliesslich den Versuch machten, die Delawaren für einen dauernden Frieden zu gewinnen. Zu diesem Zwecke sandten sie Unterhändler mit folgender Botschaft: „Die Existenz aller Indianer ist durch die andauernden Kriege einzelner Stämme gegeneinander gefährdet. Darum haben wir auf ein Mittel gedacht, diesem Uebel vorzubeugen. Es soll nämlich eine Nation die Frau sein. Die wollen wir in die Mitte nehmen; die andern kriegsführenden Nationen aber sollen die Männer sein und um die Frau herum wohnen. Niemand soll die Frau antasten, noch ihr etwas zu Leide tun; und wenn es jemand täte, so wollen wir ihn gleich anreden und zu ihm sagen: „Warum schlägst du die Frau?“ Dann sollen alle Männer über den herfallen, der die Frau geschlagen hat. Die Frau soll nicht in den Krieg, sondern soviel wie möglich den Frieden zu erhalten suchen. Wenn also die Männer um sie herum sich einmal mit einander schlagen und der Krieg heftig werden will, so soll die Frau Macht haben, selbige anzureden und zu ihnen sagen: „Ihr Männer, was macht ihr, dass ihr euch so herum schlägt? Bedenkt doch, dass eure Weiber und Kinder umkommen müssen, wo ihr nicht aufhört. Wollt ihr euch

denn selbst vom Erdboden vertilgen?“ Und die Männer sollen alsdann auf die Frau hören und ihr gehorchen.“

Der schöne Friedensvorschlag der Irokesen wurde angenommen, und im Staate der Indianer schlichtete die Friedensfrau alle Streitigkeiten. Leider konnte diese Idee sich nur kurze Zeit auswirken. Denn bei dem Einbringen der Europäer forderten die Männer auch ihre „Friedensfrau“ zur Gegenwehr auf. Eine von aussen hereinbrechende Uebergewalt zerstörte den grossen Plan eines ewigen Friedens zwischen den Wilden.

„Und dies wird jedes Mal der Fall sein,“ sagt Herder, „so lange der Bann des Friedens nicht mit festen, unausreissbaren Wurzeln von innen heraus den Nationen blühet.“

Um diesen Friedensbaum wachsen und gedeihen zu lassen, fordert Herder vor allem Friedensgesinnungen.

Sieben heilige Gesinnungen muss der Einzelne und die Menschheit in sich tragen, um den „ewigen Frieden“ zu ermöglichen. In sieben kurzen Abschnitten, von denen ein jeder die Ueberschrift einer „Gesinnung“ trägt, stellt er die Forderungen auf, durch deren Erfüllung allein die Menschheit vom Kriegsfluch zu erlösen ist.

Erste Grundbedingung ist der „Abscheu gegen den Krieg“. „Gibt es,“ so sagt Herder, „etwas unmenschlicheres als den Krieg, wenn er nicht in erzwungener Selbstverteidigung geführt wird? Bedeutet er nicht für Angreifer und Ueberfallenen entsetzliche Opfer, Mord und Verwüstung? Und noch schrecklicher als der Krieg selbst ist das Schreckensheer seiner Folgen: Krankheiten, Hunger, Pest, Raub, Gewalttat, Verödung der Länder, Zerstörung der Familien, Verderb der Sitten auf lange Geschlechter.“ Darum sollten alle Menschen den Kampf gegen diese entsetzlichste Geissel der Menschheit aufnehmen, „Väter und Mütter ihre Erfahrungen darüber den Kindern einflössen“, damit ihnen der Krieg furchtbar und verhasst werde.

In einer zweiten Forderung verlangt Herder eine „Verminderte Achtung gegen den Heldenruhm“. Der ländererobernde Heldengeist ist in Wahrheit „der Würgeengel der Menschheit“ und wird nur nicht als solcher von den Menschen erkannt. Der Ruhm, ein „Vater des Volkes“ zu heissen, ist schwerer zu erwerben, als der oft an einen Glückszufall gebundene Ruhm eines „Helden“, eines Schlachtenführers, denn er erfordert weit edlere Gaben des Charakters, die sich in fortwährender Bemühung zum Wohle des Ganzen betätigen müssen.

Alte Werte umzustossen und neue Werte an ihre Stelle zu setzen, fordert Herder auch mit der dritten Gesinnung, dem „Abscheu der falschen Staatskunst“. Denn „immer mehr muss sich die falsche Staatskunst entlarven, die den Ruhm eines Regenten und das Glück seiner Regierung in Erweiterung der Grenzen, in Erjagung oder Erhaschung fremder Provinzen, in vermehrte Einkünfte, schlaue Unterhandlungen, in willkürliche Macht, List und Betrug setzt.“